

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Nawaz Sharif nominiert neuen Armeechef

Premierminister Nawaz Sharif hat Ende November, nur wenige Tage vor Ablauf der Amtszeit des Vorgängers Raheel Sharif, Generalleutnant Qamar Javed Bajwa zum neuen Chef des Generalstabs (*Chief of Army Staff*) berufen. Beobachter werten die Ernennung Bajwas als Schritt zur Beilegung der Spannungen zwischen Premierminister und Armeeführung. Die beiden Sharifs standen zuvor mehrfach im Konflikt zueinander. Bajwa gilt als reservierter und politisch weniger ambitioniert als sein Vorgänger. Zuvor hatte er wichtige führende Positionen inne, unter anderem in Kaschmir und zuletzt als Verantwortlicher für die Militärausbildung. Raheel Sharif hatte als Armeechef große Zustimmung für seine Maßnahmen gegen Terrorgruppen im eigenen Land erfahren. Vielfach wurde er gebeten, sich für eine zweite Amtszeit von drei Jahren bereit zu erklären. Er bekräftigte aber seine frühere Ankündigung, nur drei Jahre im Amt zu bleiben und ist somit seit rund zwanzig Jahren der erste Armeechef, der keine zweite Amtszeit antritt. Auch unter Bajwa werden die Spannungen mit dem Nachbarn Indien sowie der Kampf gegen dschihadistische Gruppen im eigenen Land bestimmend bleiben; vor allem gegen die Taliban. Beobachter gehen davon aus, dass er verstärkt gegen militante Gruppen vorgehen werde, die in Afghanistan und Indien operierten.

IS-Angriff auf Polizeischule in Belutschistan

Nach Presseberichten bekannte sich die Organisation Islamischer Staat (IS) zu einem bewaffneten Angriff auf eine Polizeischule in Belutschistan Ende Oktober, rund 20 Kilometer südlich von Quetta. Drei Angreifer gelangten nachts auf das Gelände, schossen um sich und nahmen Polizeischüler als Geiseln. Daraufhin umstellten Sicherheitskräfte das Gelände und starteten eine Befreiungsaktion. Nach rund drei Stunden waren die drei Angreifer tot. Zwei hatten nach Presseberichten ihre Sprengstoffwesten gezündet, einer wurde erschossen. Insgesamt kamen mindestens 60 Menschen ums Leben, mehr als 120 wurden verletzt. Der Leiter des Befreiungseinsatzes machte die sunnitische Extremistengruppe *Lashkar-e Jhangvi* für den Angriff verantwortlich. Die Täter seien beim Angriff im Kontakt mit Aktivisten in Afghanistan gewesen. Demgegenüber berichtete die Presseagentur dpa, dass ein Kommandeur des IS einen in der Regel gut informierten pakistanischen Journalisten angerufen und sich zu der Tat bekannt habe. Zudem habe er weitere Anschläge angekündigt.

Anschlag auf Sufi-Schrein fordert mehr als 50 Menschenleben

Ein Bombenanschlag auf den *Shah Noorani* Schrein nahe Khuzdar in Belutschistan hat Mitte November nach Angaben pakistanischer Behörden mindestens 50 Todesopfer gefordert und mehr als 100 Menschen verletzt. Der Anschlag wurde ausgeführt, als mehrere Hundert Gläubige den Schrein zum Gebet und anlässlich der traditionellen Tänze besuchten. Nach Presseberichten bekannte sich der IS zu diesem Selbstmordanschlag. Sufi-Schreine sind in Pakistan wiederholt Ziel von Anschlägen fundamentalistischer Gruppen.

Straßenschlacht zwischen Anhängern Imran Khans und Sicherheitskräften

Anfang November hatten Imran Khan und seine Partei *Tehreek-e-Insaf* Hunderttausende zu Protesten in Islamabad gegen die Regierung von Nawaz Sharif aufgerufen. Sicherheitskräfte hatten zuvor versucht, den Anhängern von Khan den Zugang zur Hauptstadt mit Straßenblockaden aus Containern und Betonelementen zu vereiteln. Hunderte wurden zeitweilig festgenommen. Zuletzt kam es zu straßenschlachtähnlichen Kämpfen zwischen rund 4.000 Demonstranten und Sicherheitskräften auf einer Autobahn nahe von Islamabad. Dabei wurden Gummikugeln und Tränengas eingesetzt, mehr als zwanzig Menschen wurden verletzt. Nach Mitteilungen der Opposition kamen zwei Demonstranten ums Leben. Amnesty International verlangte die Freilassung der verhafteten Demonstranten und verwies auf die in der pakistanischen Verfassung verankerte Rede- und Demonstrationsfreiheit.

Waffenruhe in Kaschmir gebrochen – gegenseitige Beschuldigungen

Ende September beschuldigten sich Pakistan und Indien gegenseitig des Bruchs der Waffenruhe im geteilten Kaschmir. Der anfängliche Beschuss wird jeweils der Gegenseite zugeschrieben. Auf indischer Seite wurden rund 10.000 Menschen aus dem Grenzraum in 47 bereitgestellte Lager evakuiert. Zuvor hatte es eine auch von indischer Seite bestätigte Militäraktion auf pakistanischem Territorium gegeben. Seit Juli 2016 kam es auf indischer Seite zu wiederholten Zusammenstößen, nachdem ein Separatistenanführer getötet worden war. Indien hatte Stellungen kaschmirischer Separatisten beziehungsweise „Rebellen“ auf der pakistanischen Seite der Kontrolllinie

angegriffen. Diese Militäraktion, laut dem Verteidigungsministerium in Neu-Delhi ein „chirurgischer Schlag“, gilt als Reaktion auf den Angriff auf einen indischen Militärstützpunkt nahe Uri mit 18 getöteten Soldaten. Nach Presseberichten ist dies die erste seit 1971 offiziell bestätigte Militäraktion auf pakistanischen Boden. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon bot sich in offiziellen Stellungnahmen als Vermittler an und rief beide Staaten zur Deeskalation auf.

Vereinte Nationen als Komplize der illegalen Rückführung afghanischer Flüchtlinge?

Die Nachrichtenagentur IRIN berichtete Mitte November, dass das Repatriierungsprogramm des UN-Flüchtlingshilfswerkes (*United Nations High Commissioner for Refugees*; UNHCR) zwischen dem 1. November 2016 und dem 1. März 2017 ausgesetzt wurde. Pakistan setzte jedoch eine Frist bis zum 31. März 2017, bis zu der auch die registrierten afghanischen Flüchtlinge das Land verlassen haben sollen und angekündigt, dass danach deren Deportation folgen werde [siehe auch den Beitrag von Sanaa Alimia in diesem Heft].

Nach Information der UN-Koordinierungsstelle für humanitäre Angelegenheiten (*Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*; OCHA) verließen in 2016 bislang rund 538.100 Afghan(inn)en Pakistan, die meisten davon seit Juni 2016, nachdem Pakistan deren Rückkehr gefordert hatte. Zahlreiche Afghan(inn)en entschieden sich trotz der sich zuspitzenden Situation in Afghanistan für die Rückkehr, um sich der erwarteten Drangsalierung in Pakistan zu entziehen.

Sprecher von Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch weisen darauf hin, dass Pakistan an das internationale Recht gebunden ist, wonach die zwangsweise Rückführung anerkannter Flüchtlinge unzulässig ist. Laut Human Rights Watch werde das UNHCR zum Komplizen der pakistanischen Zwangsrückführung, sollte das Hilfswerk nach dem 1. März 2017 sein Programm etwa der finanziellen Förderung für die Rückkehr afghanischer Flüchtlinge wieder aufgreifen. Dies gebe den registrierten Flüchtlingen das Gefühl, keine andere Wahl als die Rückkehr zu haben. Ohne direkt auf diese Vorwürfe zu reagieren, zitiert IRIN folgende UNHCR-Email: „Die Rückkehr registrierter afghanischer Flüchtlinge aus Pakistan ist eine Repatriierung unter nicht idealen Umständen und das Resultat unterschiedlicher Faktoren. Die Afghanen, die sich tagtäglich für ihre Rückkehr entscheiden, treffen eine extrem schwierige Entscheidung, und der UNHCR unternimmt alles, um sie zu unterstützen. Wir werden uns weiter für die Rechte afghanischer Flüchtlinge während ihres Aufenthaltes in Pakistan einsetzen.“

Eine UNHCR-Sprecherin teilte mit, dass der UNHCR über den Winter weitere Gelder einwerben wolle, um die Finanzierung des Repatriierungsprogrammes sicherstellen zu können. An Spitzentagen wurde täglich Bargeld im Wert von rund 2,2 Millionen US-Dollar an 5.000 bis 6.000 Rückkehrer/-innen ausgezahlt; im Zeitraum von drei Monaten insgesamt 125 Millionen US-Dollar.

Nawaz Sharif gratuliert Donald Trump am Telefon und erntet Lob

Laut einer Pressemitteilung der pakistanischen Regierung rief Premierminister Nawaz Sharif Donald Trump an, um ihm zur Wahl als US-Präsident zu gratulieren. Entgegen früheren, eher negativen Äußerungen Trumps über Pakistan soll dieser nun Nawaz Sharif als Politiker und Pakistan als Land mit großen Möglichkeiten gelobt haben. Trump habe Pakistan zudem jegliche weitere Unterstützung bei der Lösung politischer Probleme zugesagt. Nach Presseberichten wollte Trump auf eine Anfrage der Agentur AP nicht antworten.

Erdogan zu Besuch in Islamabad

Im Verlauf des zweitägigen Staatsbesuches des türkische Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Pakistan wurde verkündet, dass beide Staaten bis Ende 2017 ein Freihandelsabkommen unterzeichnen werden. Premierminister Nawaz Sharif lobte, laut Presseberichten, die charismatische Führung Erdogans und teilte diesem mit, dass er „seinem Bruder“ beistehen werde. Unmittelbar vor dem Besuch Erdogans waren, nach Berichten der türkischen Bildungsorganisation PakTurk, 450 Menschen aufgefordert worden, Lehrkräfte und deren Familien an der Ausbildungseinrichtung *International Schools and Colleges*, das Land binnen drei Tagen zu verlassen. Die Organisation unterrichtet in Pakistan mehr als 10.000 Schüler/-innen und bestreitet Verbindungen zur Gülen-Bewegung. Das pakistanische Innenministerium lehnte nach Presseberichten eine Stellungnahme ab. Erdogan wird demgegenüber zitiert, dass er diese Entscheidung als „sehr erfreulich“ sowie als Zeichen für Pakistans Kampf gegen den Terrorismus kommentierte.

Menschenrechtskommission lobt Gesetz gegen Zwangs-Konversion in der Sindh-Provinz

In einer Pressemitteilung vom 30. November lobte die Menschenrechtskommission Pakistans (*Human Rights Commission of Pakistan*; HRCP) ein Gesetz der Sindh-Provinz, welches die Zwangskonversion unter Strafe stellte. Zudem forderte die HRCP die Regierung auf, dieses Gesetz auch umzusetzen. Das Gesetz gilt als Reaktion

auf die wiederholt von religiösen Minderheiten, etwa der Hindu-Gemeinschaft, vorgebrachten Hinweisen auf Zwangskonversionen vor allem von Frauen und Mädchen. Nach dem neuen Gesetz drohen bis zu fünf Jahre Gefängnis, und die Zwangskonvertierten können die Konversion innerhalb von 21 Tagen widerrufen.

Journalist des *Dawn* auf Ausreiseverbotsliste

Der pakistanische Reporter Cyril Almeida der englischsprachigen Zeitung *Dawn* hatte Anfang Oktober 2015 berichtet, dass Premierminister Nawaz Sharif den Militärgeschwehrendienst ISI angewiesen habe, nicht mehr bei Armee-Einsätzen gegen Rebellengruppen einzuschreiten. Sprecher der Sharif-Regierung wiesen dies nach Presseberichten als erfunden zurück und kündigten an, gegen den Reporter vorzugehen, da er nationale Interessen untergrabe. Kurz darauf teilte Cyril Almeida per Twitter mit, dass sein Name auf der Ausreisekontrollliste (*Exit Control List*; ECL) stehe, mit der der pakistanische Grenzschutz die Ausreise von Kriminellen verhindern will.

Nawaz Sharif ehrt nachträglich Physiker und Nobel-Preisträger Abdus Salam

Premierminister Nawaz Sharif hat nach Presseberichten der *Quaid-e-Azam University* in Islamabad bestätigt, dass die Universität ihr *National Centre for Physics* nach dem 1979 mit dem Nobel-Preis für theoretische Physik ausgezeichneten Physiker Abdus Salam in das *Professor Abdus Salam Centre for Physics* umbenennen darf. Auch ein internationales Stipendienprogramm für fünf Physiker soll nach Abdus Salam benannt werden. Dies ist eine überraschende Wende. Bisherige Regierungen hatten Abdus Salam trotz dessen Leistungen auch für das Nuklearprogramm Pakistans nicht sonderlich gewürdigt; mutmaßlich wegen dessen Zugehörigkeit zur *Ahmadiya*-Gemeinschaft. Die *Ahmadiya*-Gemeinschaft wird von strengen Muslimen nicht anerkannt und gilt als ketzerisch. Ihr Gründer, Mirza Ghulam Ahmad, gilt den *Ahmadiya* als Prophet. Die Verfassung Pakistans deklarierte 1974 die *Ahmadiya*-Gemeinschaft als „nicht muslimisch“. 1984 wurde sie durch weitere Gesetze kriminalisiert. Danach drohte Mitgliedern der *Ahmadiya*-Gemeinschaft eine Gefängnisstrafe für den Fall, dass sie ihre Gebetsstätten als Moschee bezeichnen oder an allgemeinen muslimischen Praktiken teilnehmen. So wurde der Grabstein von Abdus Salam geschändet und der Hinweis auf seinen muslimischen Glauben unlesbar gemacht. Erst kürzlich wurde dem neuen Armeechef (s.o.) unmittelbar vor seiner Ernennung fälschlicherweise vorgeworfen, er habe Verwandte aus der *Ahmadiya*-Gemeinschaft.

Nawaz Sharifs Maßnahme ist offensichtlich eine Reakti-

on auf den Beitrag des Physikers Pervez Hoodbhoy in einer Fernsehshow, der sich seit rund zwanzig Jahren für die Ehrung Abdus Salams an der *Quaid-e-Azam University* einsetzt. Sprecher der *Ahmadiya*-Gemeinschaft lobten Nawaz Sharif für dessen mittelbare Anerkennung der *Ahmadiya*-Gemeinschaft. Seine als liberaler geltenden Vorgänger hätten den Vorschlag nicht aufgegriffen. Sunnitische Hardliner warfen Nawaz Sharif demgegenüber vor, dass er sich zum Handlanger ausländischer Herren machen lasse. Sie kritisieren, dass Abdus Salam sein Heimatland aus Protest gegen die Anti-*Ahmadiya*-Politik verlassen habe, und dass dessen Ehrung ein falsches Zeichen setze.

Unglücke fordern viele Todesopfer

Nachdem der Expresszug *Zakria Express* im Bahnhof Quaidabad nahe Karachi auf einen stehenden Personenzug auffuhr, kamen in den Trümmern mindestens 20 Menschen zu Tode und mehr als 60 wurden teils schwer verletzt. Insgesamt hatten sich schätzungsweise rund 1.000 Passagiere in den beiden Zügen befunden.

Bei einem Inlandsflug stürzte Anfang Dezember ein Flugzeug der *Pakistan International Airlines* (PIA) in einer Bergregion nahe Havelian ab, etwa 75 Kilometer von Islamabad entfernt. Alle 47 Insassen kamen ums Leben. Das Flugzeug vom Typ ATR-42 war auf dem Weg von Chitral im Hindukusch nach Islamabad, als die Piloten nahe Abbottabad einen Notruf und den Hinweis auf einen Triebwerksausfall absetzten. Unter den Passagieren befand sich der bekannte pakistanische Popstar und Prediger Junaid Jamshed, der Millionen Pakistaner mit religiösen Vorträgen und Liedern begeisterte.

Polio-Impfteams mit bewaffneten Eskorten

Mit dem Ziel, 37 Millionen Kinder in drei Tagen zu impfen, wurden im September landesweit rund 100.000 Impfteams eingesetzt. Nachdem in den Jahren zuvor Gesundheitspersonal und sie begleitende Polizisten bei mehrfachen Angriffen von Taliban-Gruppen zu Tode kamen, wurden in diesem Jahr Tausende Sicherheitskräfte zum Schutz der Impfteams eingesetzt. Für die Taliban gelten solche Impfkampagnen als Verschwörung. Sie dienen der Zwangssterilisierung von Muslimen (SÜDASIEN berichtet). Nach Daten der Weltgesundheitsorganisation sind Pakistan und Afghanistan die einzigen Länder, in denen die Kinderlähmung nie gestoppt wurde. Wohl ging die Zahl der registrierten Neuerkrankungen von 306 Fällen im Jahr 2014 auf 54 Fälle in 2015 zurück. Für das Jahr 2016 wurden bislang 14 Fälle gemeldet.